

KOMMENTARE

Corona und die Wiesn
Eigenverantwortung
– dann aber überall

VON MIKE SCHIER

Es war ein virologisches Wunder: Als vor einem Monat Kanzler Olaf Scholz und sein Vize Robert Habeck im Regierungsflieler ohne Maske erpapt wurden, setzte binnen Tagen ein Umdenken ein. Wie aus dem Nichts fällt mit dem neuen Infektionsschutzgesetz die Maskenpflicht im Flieger. Plötzlich ist das Virus dort nicht mehr gefährlich. Dagegen wird die Pflicht in der Bahn ab 1. Oktober sogar auf FFP2-Maske verschärft. Für den Nahverkehr reicht die medizinische. So weit, so unlogisch.

Vielleicht schaffen die Fotos vom Wiesn-Anstich nun einen neuen Masken-Moment wie bei Scholz/Habeck. Politiker aller Parteien überboten sich am Samstag darin, maskenfrei auf dem größten Volksfest der Welt zu posieren. Mittendrin die ach so vorsichtigen Grünen! Markus Söder, Corona-Hardliner a. D., gibt sogar unumwunden zu, dass die Inzidenzen wegen der Wiesn steigen werden. Bayern und seine Krankenhäuser halten das aber aus. Und der Infektiologe Christoph Spinner sagt: Corona sei jetzt wie andere Atemwegserkrankungen zu betrachten. Die Wiesn-Grippe habe es immer gegeben.

Das sind sensationell gute Nachrichten – die wir dann aber auch bitte konsequent umsetzen sollten. Wenn auf der Wiesn jeder selbst verantwortlich ist, muss das auch für alle anderen Lebensbereiche gelten. Längst gehen die Menschen unbeschwert zum Fußball, auf Konzerte und ins Wirtshaus. Selbst im Supermarkt sieht man kaum noch Maske. Aber in der Bahn verschärft man die Regeln. Ernsthaft? Um nicht missverstanden zu werden: Masken schützen auch weiterhin, gerade in einer S-Bahn zur Stoßzeit. Aber nachts fast allein in Tram und Bus? Wenn Corona nicht mehr so gefährlich ist, sollte das jeder selbst entscheiden. Staatliche Vorgaben müssen enden.

Mike.Schier@merkur.de

Streit ums Trinkwasser
Bitte strenger
werden!

VON CARINA ZIMNIOK

Der Streit ums Trinkwasser, der im Moment gleich an mehreren Orten in Bayern tobt, zeigt eines sehr deutlich: Die Zeit, in der Unternehmen ihre Gewinne auf Kosten aller abschöpfen, ohne dass Bürger dies hinterfragen, ist vorbei. Sie zwingen ihre Bürgermeister und Behörden, genauer hinzuschauen. Das Motto „Des war scho immer so“ zählt nicht mehr. Und das ist gut so.

Aber das reicht nicht. Auch der Gesetzgeber muss strenger werden. Warum gibt es in Bayern, anders als in den meisten Bundesländern, keine Art Wasserzins? Warum ist eine Umweltverträglichkeitsprüfung erst ab einer gefördert Menge von zehn Millionen Kubikmeter Mineralwasser nötig? Die meisten Genehmigungsanträge liegen weit unter dieser Grenze. Und möglicherweise verkennen die zuständigen Landratsämter auch mitunter die Dimension der Fördervorhaben – oder drücken ein Auge zu aus Rücksicht auf die sicher wichtigen Arbeitgeber in der Region.

Von den möglichen Einnahmen, die der Allgemeinheit jetzt zugunsten privatwirtschaftlicher Firmen entgehen, einmal abgesehen: Der trockene Frühling, der extrem trockene Sommer haben gezeigt, dass gerade bei der Versorgung mit Wasser keine Kompromisse erlaubt sind – in ein paar Jahren oder Jahrzehnten geht es mancherorts irgendwann wirklich ums Überleben. Daran ändert auch ein nasser Herbst nichts.

Carina.Zimniok@merkur.de

Migranten auf Martha's Vineyard
Unerwünschte
Gäste

VON FRIEDEMANN DIEDERICHS

Nichts hat die Heuchelei in der heftig geführten amerikanischen Einwanderungs-Debatte klarer gemacht als die „Luftbrücke“: Der republikanische Gouverneur von Florida hat 50 Migranten auf die Insel Martha's Vineyard in Massachussets fliegen lassen. Die Promi-Insel, vergleichbar mit Sylt, ist eine Hochburg der Demokraten. Gouverneur Ron DeSantis hat mit den Flügen ein Zeichen dafür gesetzt, dass die Einwanderer im Land besser verteilt werden sollten. Fast 90 Prozent der Inselbewohner sind wohlhabende Weiße, die stets für Demokraten gestimmt haben. Eigentlich sollten sie deshalb die lediglich 50 Migranten aus Venezuela willkommen heißen, auch weil deren Hautfarbe ein wichtiges Signal in Sachen der dort so massiv vernachlässigten Diversity setzen würde. Wären es 50 weiße Flüchtlinge aus der Ukraine gewesen, hätte man vermutlich eine Willkommensparade organisiert. Doch stattdessen wurden die Migranten in eine Militärkaserne auf das Festland abtransportiert. Man habe keinen Platz, hieß es.

Das entspricht nicht der Wahrheit. Die Saison ist vorbei, rund 100 000 Betten sind unbelegt. Ein liberaler Inselaktivist verglich die Migranten sogar mit „Müll“, den man nicht vor der eigenen Haustür wolle. Deutlicher können jene, die stets gerne unbegrenzte Einwanderung als „Bereicherung“ propagieren, ihren Rassismus nicht zeigen.

Politik@merkur.de



Maß halten

ZEICHNUNG: TOMICEK

Sunday Times (London)

NZZ am Sonntag (Zürich)

Asyl: „Und passiert ist bisher null“

Im Schatten von Ukraine, Energie und Corona steigen die Flüchtlingszahlen wieder. Es wird eng, warnt Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU). Er ärgert sich über angebliche Fehlanreize, die das neue Bürgergeld auch im Bereich Migration sende. Wir haben mit dem 65-Jährigen aus Erlangen gesprochen. Er ist seit 2007 im Amt.

Die Zahlen steigen. Nähert sich Bayern dem Limit, oder ist das Alarmismus?

Wir liegen teils schon über 100 Prozent in den Anker-Einrichtungen. Für die Anschluss-Unterbringung sind es über 90 Prozent. Es ist absehbar, dass wir nicht mehr viele Menschen in Bayern neu aufnehmen können.

Und dann?

Ich sehe die konkrete Gefahr, dass wir im Lauf der nächsten Wochen wieder auf Schulturnhallen und Ähnliches zugreifen müssen. Das ist unvermeidlich bei so stark steigenden Zahlen – wir lassen niemanden auf der Straße. Dann werden wir den Gemeinden auch wieder Flüchtlinge zuweisen müssen.

Wo ist die Lage regional am schwierigsten?

Fast überall. Die Unterkünfte sind sehr, sehr voll.

Wer kommt derzeit an?

Der Zugang von ukrainischen Kriegsflüchtlingsen ist im Moment gering. Stark gestiegen ist die Zahl von Asylbewerbern aus anderen Staaten. In Bayern vor allem über die Balkanroute, im Westen auch über Italien und Frankreich sowie direkt per Flugzeug, Hauptherkunftsländer bei



Flüchtlingskinder an der griechischen Grenze: Die Balkanroute lebt wieder auf.

FOTOS: DPA



Joachim Herrmann (CSU), Bayerns Innenminister.

uns sind Afghanistan und Syrien. Darunter sind Syrer, die schon eine Weile in Griechenland oder der Türkei gelebt haben. Dazu eine steigende Zahl aus Afrika.

Viele Asylbewerber dürfen

inzwischen arbeiten. Wollen sie? Können sie?

Ukrainische Kriegsflüchtlingse müssen regelmäßig kein Asylverfahren durchlaufen, dürfen sofort arbeiten. Asylbewerber können in vielen Fällen bereits während des Asylverfahrens eine Erlaubnis zur Ausübung einer Beschäftigung erhalten. Das gilt auch für qualifizierte Berufsausbildungen. Auch alle Asylbewerber, die anerkannt sind, dürfen eine Erwerbstätigkeit ausüben – das sind rund 35 bis 40 Prozent. Ich glaube, die meisten sind arbeitswillig. Wir haben nach den neuesten Zahlen der Bundesagentur für Arbeit trotzdem rund 100 000 Ausländer in Bayern, die arbeitslos gemeldet sind. Da-

runter sind 31 000 Ukrainer, die oft mit hohen Bildungsabschlüssen und Job-Erfahrung zu uns kommen. Wir müssen dringend alles tun, um diese Menschen in Arbeit zu bringen. Da sendet Berlin leider zurzeit die falschen Signale.

Warum?

Ich halte es für falsch, die Sanktionen für unwillige Arbeitssuchende zu streichen. Und die Höhe des neuen Bürgergelds als Hartz-IV-Nachfolge missachtet das Lohnstandsgebot. Die Bundesregierung hebt den Anreiz für viele Arbeitslose aus, gering bezahlte Stellen anzunehmen. Immer mehr Menschen stehen mit Sozialleistungen besser da, als wenn sie zum

zu Russland:

„Als König muss Charles lernen, sich weiterzuentwickeln und die Monarchie im Einklang mit den Erfordernissen der Zeit neu zu gestalten. (...) Es werden bedeutende politische Ereignisse zu bewältigen sein. Die Brexit-Spannungen könnten wegen des Nordirland-Protokolls wieder aufflammen. Die Aussicht auf einen Vorstoß zu irischen Wiedervereinigung und ein zweites schottisches Unabhängigkeitsreferendum stellen existenzielle Bedrohungen für die Union dar. Diese Ereignisse haben das Potenzial, Regierungen zu Fall zu bringen, und sie werden das Staatsoberhaupt vor große Herausforderungen stellen.“

zu Russland:

„Im Machtbereich der früheren Sowjetunion brennt es, nachdem Moskau Truppen aus dem Kaukasus und Zentralasien abgezogen hat, um seine Streitmacht in der Ukraine aufzufüllen. Aserbaidschan und Armenien haben wieder einen Krieg begonnen, Tadschikistan und Kirgistan tragen mit schwerer Artillerie ihren Konflikt über die gemeinsame Grenze aus. (...) Der Ukraine-Krieg hat die sicherheitspolitische Ordnung in Europa zerstört, heißt es. Er wird auch die Ordnung im Kaukasus und in Asien verändern – Russland verliert an Macht. (...) Schneller als gedacht findet sich Putin degradiert wieder – als Pekings Juniorpartner.“

NZZ am Sonntag (Zürich)

Mindestlohn arbeiten. Dieser Kreis wächst: Falls das „Chancen-Aufenthaltsrecht“ der Ampel in den nächsten Wochen wirklich in Kraft tritt, bekommen abgelehnte Asylbewerber sofort Zugang zu deutschen Sozialleistungen weit oberhalb der bisherigen Hilfen für Flüchtlinge. Sie können sich dann nach Arbeit umsehen, müssen aber nicht, es gibt ja kaum noch Sanktionen. Das ist genau der falsche Ansatz. Und wir müssen schon darauf achten, dass das die sozialen Spannungen im Land nicht verschärft.

Die Ampel sagt im Gegenzug eine Rückführungsoffensive zu. Läuft das an?

Nein. Bisher ist das nur eine Ankündigung im Koalitionsvertrag – passiert ist null, trotz aller leeren Versprechungen der FDP.

Abschiebung ist Ländersache. Also doch Ihr Job.

Wir tun, was rechtlich möglich ist. Heuer haben wir im ersten Halbjahr 916 Personen abgeschoben, 7931 sind freiwillig ausgewandert. Ein nach wie vor enormes Problem sind afrikanische Länder, die Flüchtlinge nicht zurücknehmen, weil sie sie nicht als ihre Bürger anerkennen. Das kann leider nur der Bund regeln ...

... der noch keinen Beauftragten dazu ernannt hat.

Ob es daran liegt oder am fehlenden politischen Willen, weiß ich nicht. Aber mir fällt schon auf: Eine Beauftragte für Migration wurde sofort ernannt, für Rückführung ist dieser Posten seit vielen Monaten unbesetzt.

Interview: Chr. Deutschländer

Ziemlich beste Feinde

Ex-SPD-Chefin Andrea Nahles ist bei der CSU-Fraktion zu Gast – das Verhältnis ist erstaunlich gut

München – Es ist dieser Satz, den Andrea Nahles nie wieder loswerden wird. 27. September 2017. Nahles steht im Bundestag vor dem Saal der SPD-Fraktion. Die Bundestagswahl ist mit 20,5 Prozent in die Hose, gegangen, jetzt soll Nahles die Fraktion übernehmen. Am Vormittag hat sie Angela Merkel um ihre Entlassung als Arbeitsministerin gebeten. Vermutlich regiere bald Jamaika, sie selbst müsse als Oppositionsführerin „den Schalter umlegen“. Mit der Union habe sie gut zusammengearbeitet, sagt Nahles und lacht. „Aber ab morgen kriegen sie in die Fresse.“

Der Satz wird zur Schlagzeile, durch die sozialen Netzwerke schwappen Empörungswellen. Nur in der Union will sich keiner richtig aufregen. Denn was kaum ei-

ner weiß: Nahles hat diesen Satz am Vormittag schon einmal gesagt. Als sie unter anderem mit dem CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt zusammensteht. Da haben alle nur gelacht. So ist eben das politische Geschäft.

Das „auf die Fresse“ wird auch jetzt wieder ausgegraben werden. Andrea Nahles ist diese Woche bei der Klausur der CSU-Landtagsfraktion in Kloster Banz zu Gast. Schon bemerkenswert: Die ehemalige SPD-Chefin bei der CSU. „Wir laden sie natürlich in ihrer neuen Funktion ein“, sagt Fraktionschef Thomas Kreuzer. Nach ihrem Abschied aus dem Bundestag und einer politischen Auszeit ist Nahles nun als Chefin der Bundesagentur für Arbeit ins Rampenlicht zurückgekehrt. In Banz geht es um die Aus-



Enger Draht: Andrea Nahles und Alexander Dobrindt. DPA

wirkungen der Energiekrise auf den Arbeitsmarkt. Wie viele Arbeitslose sind zu befürchten? Wie viel kann man mit staatlich geförderter Kurzarbeit auffangen? Kreuzer erwartet sich von Nahles ehrliche Antworten.

Den engsten Draht zu Nahles in der CSU hat wohl Landesgruppenchef Alexander

Dobrindt. Sie kennen sich eine halbe Ewigkeit – zeitgleich waren sie Generalsekretäre, später saßen sie gemeinsam am Kabinetttisch. Von dort wechselten sie 2017 sogar parallel zurück in ihre Fraktionen, wo sie die GroKo am Laufen halten mussten. „Wir haben uns nie etwas geschenkt“, sagt der CSU-Mann. Aber sie verstanden sich. Als die emotionale Nahles ihn mal am Parteitag „den blöden Dobrindt“ nannte, nahm der es sportlich. Später lud er die SPD-Chefin auf die Zugspitze ein – Schneeballschlacht inklusive.

Als Nahles 2019 in ihrer eigenen Partei immer mehr unter Beschuss geriet, war es ausgerechnet der CSU-Politiker, der ihr zur Seite sprang: „Andrea Nahles hat echte Handschlagqualität, ist eine

absolut verlässliche Partnerin“, schwärmte er öffentlich. Das Problem der SPD heiße nicht Nahles – „das Problem heißt Linksruck, Enteignungsfantasien und Sozialismusromantik“. Der übrigen SPD wohlgermerkt.

Der Kontakt ist nie ganz abgerissen. „Ich glaube, dass die SPD einen Fehler gemacht hat, so mit ihr umzugehen“, sagt Dobrindt heute. Immerhin: In der Bundesagentur sitze nun eine „exzellente Fachexpertin“, die „sehr kluge Ansätze“ verfolge. Nahles sei „nicht ideologisch aufgeladen, sondern immer ergebnisorientiert“.

Nun fährt Nahles also zur CSU-Landtagsfraktion. Die viel zitierte Herzakammer der Partei. Über den „blöden Dobrindt“ wird sie diesmal wohl nichts sagen. MIKE SCHIER